



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

## Medienmitteilung

Basel, 17. Juni 2020

### SP lanciert Initiative „Kinderbetreuung für alle“

**In keinem Land müssen die Eltern für die familienergänzende Betreuung so viel bezahlen wie in der Schweiz. Gleichzeitig sind für viele Familien diese Betreuungsangebote unverzichtbar. Die SP Basel-Stadt hat heute eine Initiative lanciert, die bei der Kinderbetreuung einen klaren Paradigmenwechsel fordert.**

Der heute lancierten Initiative der SP Basel-Stadt ging ein partizipativer Prozess voraus: Von November 2019 bis Ende Januar 2020 konnten nach einer internen Phase alle Bewohner\*innen von Basel am online Voting „Basel mitgestalten“ teilnehmen und zwischen sechs Themen entscheiden. Obsiegt hat das Projekt „Kinderbetreuung für alle“, welches auch eine der zentralen Forderungen des Frauen\*streiks aufnimmt.

Die daraus entstandene Initiative fordert, dass die familienergänzende Kinderbetreuung nicht mehr von den einzelnen Familien zu stemmen ist, sondern zum Service Public gehört und über Steuern finanziert wird. *„Wir wollen in die Familien und die Vereinbarkeit investieren statt die Steuern für Aktionär\*innen zu senken, so wie dies die Bürgerlichen zurzeit im Grossen Rat fordern“*, sagt Kaspar Sutter, SP-Regierungsratskandidat und Grossrat.

Spätestens während des Lockdowns haben alle gemerkt, wie wichtig und systemrelevant die familienergänzende Kinderbetreuung ist. *„Die Kinderbetreuung ist essentiell für unsere Gesellschaft, also soll sie auch gesamtgesellschaftlich organisiert und solidarisch finanziert werden“*, so Melanie Nussbaumer, Vizepräsidentin der SP Basel-Stadt.

Weitere Argumente finden Sie in der angehängten Medienmappe.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

Melanie Nussbaumer, Vizepräsidentin	079 269 30 75
Kaspar Sutter, Regierungsratskandidat und Grossrat	079 257 31 54
Franziska Roth, Grossrätin und Einwohnerrätin Riehen	079 624 72 12
Miriam Dürr, Co-Präsidentin Sachgruppe Bildung	076 420 45 21
Claudio Miozzari, Co-Präsident Sachgruppe Bildung & Grossrat	076 374 24 43



## **Beitrag von Melanie Nussbaumer, Vizepräsidentin SP Basel-Stadt**

Die heutige Lancierung der Initiative „Kinderbetreuung für alle“ ist das zwischenzeitliche Ergebnis eines langen partizipativen Prozesses. Vor einem Jahr baten wir unsere Mitglieder, Initiativideen einzureichen. Es wurden insgesamt 24 verschiedene Ideen eingebracht, von welchen der Parteivorstand sechs ausgewählt hat. Diese sechs Ideen wurden auf einer Website präsentiert und alle Interessierten konnten darüber abstimmen, welche Initiatividee die SP BS ausarbeiten und lancieren soll. Die Initiative, die wir heute lancieren, wurde von einem Basismitglied, Nicolas Müller, eingereicht und gewann das enge Kopf an Kopf-Rennen des Online-Votings. Von 1723 Personen, die abgestimmt haben, wählten 33% (572) diese Initiative. Das Projekt hiess „Basel mitgestalten“. Denn die SP setzt auf Partizipation und Mitbestimmung von allen Baslerinnen und Baslern. Wir sind überzeugt davon, dass demokratische Teilhabe einen hohen gesellschaftlichen Wert hat.

Wir sind auch überzeugt davon, dass die Initiative genau zur richtigen Zeit kommt, einem Bedürfnis entspricht und von hoher gesellschaftlicher Relevanz ist. Letzten Sonntag jährte sich der Frauen\*streik. Eine der Hauptforderungen vieler Frauen war, dass endlich die Vereinbarkeit verbessert werden soll. In diesem Jahr hat das Frauen\*streik-Komitee sogar Unterschriften für eine Petition gesammelt, welche Ähnliches wie die Initiative fordert. Der Corona-Lockdown hat viele Eltern, aber auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber spüren lassen, wie essentiell und systemrelevant die familienergänzende Kinderbetreuung ist. Wir sind deshalb überzeugt, dass die Initiative auf grossen Anklang stossen wird.

Leider mussten auch wir wegen Corona die Lancierung der Initiative etwas verschieben, aber nun sind wir umso motivierter und freuen uns auf die Unterschriftensammlung.

Danke für Ihre Berichterstattung!



## **Beitrag von Franziska Roth, Grossrätin SP Basel-Stadt und Einwohnerrätin Riehen**

Bildung beginnt ab Geburt. Es ist eine Tatsache, dass Kinder in den ersten Lebensjahren über sehr hohe Lern- und Entwicklungskapazitäten verfügen und diese ersten Lebensjahre somit prägend für die gesunde Entwicklung des Menschen ist. So unterstützt Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung die soziale, emotionale, kognitive, körperliche und psychische Entwicklung von Kindern hin zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten.

Frühkindliche Bildungs- und Entwicklungsförderung zielt darauf ab, Kindern eine anregungsreiche Lernumgebung bereitzustellen, in der Kinder vielfältige Erfahrungen mit sich und der Welt sammeln können. Sie bietet den Kindern, entsprechend ihren Interessen und Fähigkeiten, die Gelegenheiten neue Herausforderungen zu meistern und neue Lerninhalte kennenzulernen.

Eine solche anregungsreiche Lernumgebung bieten, ergänzend zur Umgebung der Familie, die Kitas und Spielgruppen. Sie ermöglichen Kindern neue soziale Kontakte zu haben, helfen ihre sprachlichen Kompetenzen weiterzuentwickeln und bieten viele neue Spielmöglichkeiten um damit zu lernen. Denn für Kinder ist spielen gleich lernen.

Unsere Kantonsverfassung gewährleistet allen Familien das Recht auf eine staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit zu finanziell tragbaren Bedingungen. Zudem ist in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die von der Schweiz ratifiziert worden ist, unter anderem das Recht auf Bildung, auch das Recht auf frühe Bildung und das Recht darauf, nicht benachteiligt zu werden, festgeschrieben.

Leider hat die bürgerliche Mehrheit im Grosse Rat diesen Rechtsanspruch im neuen Tagesbetreuungsgesetz sehr stark relativiert und sowohl das Verfassungsrecht wie auch das Recht, nicht benachteiligt zu werden, zu wenig oder nicht beachtet. So stehen subventionierte Plätze Familien nur zur Verfügung, wenn sie die Bedingungen, die der Grosse Rat im Gesetz definiert hat, erfüllen. Es ist aber im Sinne von uns allen, dem Sozialstaat, den Schulen, der Wirtschaft, der gesamten Gemeinschaft, dass alle Kinder in ihren ersten Lebensjahren von einer solch familienergänzenden anregungsreichen Lernumgebung profitieren können.



## **Beitrag von Miriam Dürr, Co-Präsidentin Sachgruppe Bildung SP Basel-Stadt**

Drei Tage nach dem Frauenstreik scheint es ein wenig müssig, darüber zu sprechen und gleichzeitig kann man es nicht oft genug betonen: Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile ist ein zentrales Element auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter.

Damit beide Elternteile arbeiten können, stellt sich eine zentrale Frage: Wer betreut die Kinder? In vielen Familien wird dafür eine Fremdbetreuung in Anspruch genommen. Daraus stellt sich die Anschlussfrage: Wie finanziert die Familie die Kosten der Kinderbetreuung?

Besonders für mittelständische Familien mit mehreren Kindern im Vorschulalter stellen die hohen Kosten für die Kinderbetreuung eine grosse Belastung dar. Aus diesem Grund verzichtet oft ein Elternteil auf die Erwerbsarbeit oder arbeitet in einem sehr tiefen Pensum, um die Kinder selbst zu betreuen. In den allermeisten Fällen ist dies die Frau. Wenn eine Frau mehrere Jahre aufgrund der Familie beziehungsweise der zu teuren Kinderbetreuung auf eine Erwerbsarbeit verzichtet, dann wirkt sich dies auf ihr ganzes weitere Erwerbsleben und ihre Rente aus, was die Ungleichheit zwischen Mann und Frau langfristig vergrössert. Wer eine höhere Frauenerwerbsquote im Vollzeitäquivalent will, wer mehr Gleichstellung will, muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinfachen. Um das zu erreichen, braucht es die kostenlose familienergänzende Kinderbetreuung. So wird Wahlfreiheit für Eltern geschaffen, damit bezahlte und unbezahlte Arbeit frei untereinander aufgeteilt werden kann.

Wenn der Kanton wirklich die in der Verfassung verankerte Gleichstellung der Geschlechter fördern will, dann muss Kinderbetreuung zum Service Public gehören und öffentlich finanziert sein.



## **Beitrag von Kaspar Sutter, Regierungsratskandidat und Grossrat SP Basel-Stadt**

Die familienergänzende Kinderbetreuung wurde in den letzten Jahren ausgebaut und gefördert. Dies aufgrund von starkem Druck durch die SP, so bei der Öffnung der Tagesstrukturen in den Ferien, der flächen- und mengenmässigen Ausdehnung des Angebots oder bei den kommunalen Beiträgen an die Kosten.

Heute fordern wir nun bei der Kinderbetreuung einen Paradigmenwechsel: Wir wollen, dass Kinderbetreuung zu einem Service Public wird. Dieser soll nicht mehr durch Elternbeiträge finanziert werden, sondern mit unseren Steuern. So wie dies heute bei der Schule, den Strassen, der Polizei und weiteren Leistungen der Fall ist.

Diese Finanzierung ist gerecht: Steuern bezahlen alle gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, gemäss ihrem Einkommen und Vermögen. Und wer zu wenig zum Leben hat und unter dem Existenzminimum lebt, der zahlt keine Steuern.

Diese Finanzierung beseitigt die negativen Arbeitsanreize von jungen Eltern und erhöht die Erwerbsquote.

Wir wollen in die Familien und die Vereinbarkeit investieren statt die Steuern für Aktionär\*innen zu senken, so wie dies die Bürgerlichen zurzeit im Grossen Rat fordern. Heute leisten auch die Firmen keinen Beitrag zur Finanzierung der Kinderbetreuung, dies obwohl sie ganz direkt davon profitieren. Dies ändert sich dank der Initiative: Da 30% des Steuerertrags des Kantons durch die Firmen bezahlt werden, würden sich diese dank der Initiative massgeblich an den Kosten beteiligen.

Die familienergänzende Kinderbetreuung hilft nicht nur den Familien und fördert die Gleichstellung, sie liegt auch im Interesse der Wirtschaft. Denn: Die kostenlose Kinderbetreuung erhöht die Erwerbsquote von Eltern, insbesondere von Frauen. Dadurch vergrössert sich der lokale Arbeitsmarkt, dies zum Nutzen der Firmen.

Während den Corona-Massnahmen waren alle froh über die Kurzarbeit. Sie finanzierte die Mitarbeitenden während der Zeit, in der sie nicht arbeiten konnten und stellte dadurch sicher, dass kein Knowhow bei den Firmen verloren ging und die Mitarbeitenden nach dem Lockdown sofort wieder zur Verfügung standen.

Genau so liegt es im Interesse der Firmen, dass Familie und Beruf vereinbar sind und sie keine Mitarbeitende verlieren, wenn diese Kinder bekommen. Auch dies würde zu einem Knowhow-Verlust führen.

Unsere Initiative stärkt die Wirtschaft und fordert eine gerechte Finanzierung.

Es gilt das gesprochene Wort



## **Beitrag von Claudio Miozzari, Co-Präsident Sachgruppe Bildung SP Basel-Stadt und Grossrat**

Wir können alle Eltern fragen, die ich kenne. Alle werden sie beteuern: Die Kinder sind ihnen das Wichtigste und Liebste, das sie haben. Gleichzeitig ist es aber leider so, dass sich die Leute, die sich um unsere Allerliebsten kümmern, viel zu wenig Wertschätzung erfahren.

Die Pflege der Sachgüter ist unserer Gesellschaft finanziell mehr wert, als die Bildung der Kinder in den Betreuungsinstitutionen. Die Löhne in den Kitas sind tief, die Belastung auf Grund des oft viel zu knapp kalkulierten Personals und fehlender Ausbildungen sehr hoch. Noch prekärer ist die Situation in den Spielgruppen. Es besteht viel Bedarf und hohes Potential für mehr Qualität, welches wir nutzen müssen.

In den letzten Wochen haben wir es oft gehört: Die Care-Berufe sind systemrelevant. Dazu gehören insbesondere auch die Betreuungspersonen in den Kitas und Spielgruppen. Sie leisten enorm viel für die Gesellschaft. Ihr Engagement ist der Grund dafür, dass in diesem Kanton so viele Kinder enorm von der familienergänzenden Betreuung haben profitieren können. Es ist allerhöchste Zeit, diese Leistungen entsprechend zu honorieren.

Gerechte Arbeitsbedingungen führen zu besseren Perspektiven, mehr Konstanz und insbesondere auch zu mehr Qualität. Und die ist uns sehr, sehr wichtig. Wir fordern, dass der Kanton die Qualität stärker gewichtet. Die Kitas brauchen mehr Ressourcen, sollen enger begleitet werden und an Qualitätsentwicklungsprogrammen teilnehmen können.

Wir wollen eine familienergänzende Betreuung für alle, die gerecht und qualitativ hochstehend ist. Die Kinder des Kantons sind unsere Zukunft und haben das verdient!

# Kantonale (Volks-)Initiative betreffend Kinderbetreuung für alle



Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

*Die Einwohnergemeinden des Kantons finanzieren bis zum Eintritt in die erste Primarschulklasse die kostenlose und bedarfsgerechte Kinderbetreuung und stellen dafür das familienexterne Angebot in zugelassenen Kindertagesstätten, Tagesfamilien, Spielgruppen oder Tagesstrukturen und Mittagstischen sicher.*

*Dabei gilt ein Mindestanspruch von 40 Prozent einer Vollzeitbelegung oder ein höherer Anspruch gemäss Tagesbetreuungsgesetz.*

*Der Regierungsrat verstärkt die Qualitätssicherung und -entwicklung und verbessert die Arbeitsbedingungen bei den durch die Gemeinden finanzierten Anbietern.*

Politische Gemeinde  Basel  Riehen  Bettingen

Bitte Name und Adresse eigenhändig, in deutlicher Blockschrift und vollständig ausfüllen.

	Name/Vorname	Geb. Datum			Adresse	Unterschrift	leer lassen
		Tag	Mt.	Jahr			
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt, macht sich nach Art. 282 Strafgesetzbuch strafbar.

Die Initiative kann von der Mehrheit der im Zeitpunkt der Rückzugserklärung stimmberechtigten Mitglieder des Initiativkomitees zurückgezogen werden (§12 Abs. 1 IRG). **Mitglieder des Initiativkomitees** sind: Julia Baumgartner, Miriam Dürr, Edibe Gölgeci, Claudio Miozzari, Nicolas Müller, Melanie Nussbaumer, Pascal Pfister, Franziska Roth, Kaspar Sutter

Publikation im Kantonsblatt vom 17. Juni 2020

Kontaktadresse: SP Basel-Stadt, Postfach, 4005 Basel, sekretariat@sp-bs.ch, 061 685 90 20, www.sp-bs.ch

**Bitte ganz oder teilweise ausgefüllte Bogen bis am 1. Oktober 2020 einsenden an:  
SP Basel-Stadt, Postfach, 4005 Basel**

# KINDERBETREUUNG FÜR ALLE – ARGUMENTARIUM



In keinem Land müssen die Eltern für die familienergänzende Betreuung so viel wie in der Schweiz bezahlen. Die Initiative der SP Basel-Stadt will dies ändern.

## **Ja zu Chancengerechtigkeit**

Familienergänzende Betreuung ist Bildung, und diese muss für alle zugänglich und kostenlos sein. Weil sie unseren Kindern eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung gibt. Die Spielgruppen stellen ein niederschwelliges Bildungsangebot dar. Deshalb ist es wichtig, dass auch sie kostenlos für alle zugänglich sind und vom Kanton begleitet werden. Mit jedem Kind, das durch diese Initiative zusätzlich eine familienergänzende Betreuung besucht, erhöhen wir die Chancengerechtigkeit und sorgen für mehr Prävention und Integration.

## **Ja zu Investitionen in die Zukunft**

Die ersten Lebensjahre sind wegweisend für die lebenslange Entwicklung eines Menschen. Investitionen in die frühe Kindheit reduzieren die Wahrscheinlichkeit, dass im späteren Leben Probleme auftreten. Forschende haben belegt, dass jeder Franken, der für eine Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern ausgegeben wird, später mehrfach eingespart werden kann.<sup>1</sup>

## **Ja zu einer gerechten Finanzierung**

Familienergänzende Betreuung muss Teil des Service public sein. Die Finanzierung der Betreuung soll, wie die Volksschule und Gemeindestrassen, mit staatlichen Mitteln erfolgen. Damit leistet auch die Wirtschaft mit ihren Steuerbeiträgen ihren Teil dazu, denn sie profitiert letztendlich direkt von der Erwerbstätigkeit der Eltern.

## **Ja zu guten Arbeitsbedingungen**

Wir möchten unsere Kinder in Institutionen schicken, die genügend zeitliche Ressourcen haben, um dem Potential und der Vielfalt der Kinder gerecht zu werden. Deshalb muss der Kanton unbedingt Massnahmen ergreifen für eine Verbesserung der Qualität und für bessere Arbeitsbedingungen der Fachpersonen Betreuung.

## **Ja zu mehr Gleichstellung**

Die hohen Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung belasten Familien aus der Mittelschicht stark. Die Kosten steigen mit wachsendem Familieneinkommen stark an, was gut Ausgebildete bestraft und falsche Anreize setzt. In vielen Fällen lohnt es sich finanziell nicht, dass beide Elternteile einer bezahlten Arbeit nachgehen. Dies erschwert es insbesondere Frauen, eine berufliche Karriere zu verfolgen, die dem Niveau ihrer Ausbildung entspricht.

---

<sup>1</sup>vgl. zum Beispiel mit: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (Hg.) 2018: Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut. Ergebnisse aus den geförderten Projekten im Handlungsfeld Bildungschancen. Synthesebericht. Beiträge zur sozialen Sicherheit, Forschungsbericht 6/18. Autorinnen: Stern, S., von Dach, A., Schwab Cammarano, S., Reyhanloo, T., von Stokar, T. (INFRAS) und Edelman, D. (PH Bern).